

2. Atomenergie im echten Wettbewerb?

Frage: Die Regierungsparteien sowohl in Hessen als auch im Bund sehen sich als Hüter und Förderer des Wettbewerbs; mit welchem Konzept soll künftig - nach den Vorstellungen **Ihrer** Partei - kostendeckender, wettbewerbsfähiger Atomstrom angeboten werden und zwar unter Einrechnung aller relevanten Kosten, z.B. einschließlich Rohstoffe, Anlagenbau, -unterhaltung, -rückbau, Versicherung, Produktion, Entsorgung?
Wo ist dieses Konzept für Ihre Partei hinterlegt? (Parteiprogramm, Grundsatzprogramm, Wahlprogramm, Gesetzesantrag)

Antworten:

CDU:

Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie bis 2022 in Deutschland ist gesetzlich festgeschrieben. Bis zu diesem Zeitpunkt ist nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Ergebnissen der Beratungen der Ethikkommission der Betrieb einiger Kernkraftwerke weiterhin notwendig, um für diesen Übergangszeitraum eine verlässliche Energieversorgung für die Menschen in Deutschland zu gewährleisten.
Nach dem Verursacherprinzip haben die Erzeuger radioaktiver Abfälle die gesetzliche Verpflichtung die Kosten für deren Endlagerung zu tragen. Ebenfalls haben Sie für die bis dahin anfallenden Kosten für z.B. Konditionierung und Zwischenlagerung aufzukommen. Für diese Zwecke wie auch für den Rückbau der Anlagen bei deren Stilllegung bilden die Betreiber Rückstellungen und treffen weiterhin Vorsorge für den Fall von möglichen Haftungsansprüchen. All dies ist Gesetzeslage und Praxis in Deutschland. Unter dieser Prämisse steht Strom aus Kernenergie im Wettbewerb mit anderen Erzeugungsarten, solange Betriebsgenehmigungen für die Kraftwerke bestehen.

SPD:

In neun Jahren werden die verbleibenden aktiven AKWs abgestellt. Ein genauer Zeitplan dafür wurde ebenfalls beschlossen und in § 7 Abs. 1a des Atomgesetzes verankert. Die Meiler Biblis A und Biblis B sind bereits im August 2011 vom Netz gegangen. Davon unabhängig zeigt die Endlagersuche, dass Atomenergie nicht kostendeckend ist und auch nicht wettbewerbsfähig angeboten werden kann. Leider brauchte es erst die Katastrophe in Japan, um die Regierung Merkel davon abzuhalten, den von Rot-Grün beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig zu machen. Ein Konzept für Atomenergie im echten Wettbewerb muss daher nicht erstellt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Atomwirtschaft hat bisher die Profite eingesteckt und die Risiken sozialisiert. Wir wollen dagegen die Versicherungspflicht deutlich ausweiten.
Darüber hinaus ist für uns klar, dass die Suche nach einem Atommüll-Endlager sowie Rückbau der Anlagen und die Endlagerung vollständig von den AKW-Betreibern zu finanzieren ist. Außerdem sollen die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden. Dies ist in unserem Wahlprogramm klar so beschlossen worden und gehört für uns zur sicheren Umsetzung des 2011 festgelegten Atomausstiegs.

FDP:

Keine Stellungnahme.

DIE LINKE :

Nach Vorstellung der LINKEN soll überhaupt kein Atomstrom angeboten oder produziert werden. Die Erzeugung von atomarer Energie ist ein typisches Beispiel, wie Gewinne privatisiert und Gefahren, Folgekosten und Schäden sozialisiert werden. Die „großen Vier“ müssen entmachtet, die Stromversorgung in öffentliches Eigentum überführt werden. Dafür müssen die hessischen Kommunen wieder die Möglichkeit auf wirtschaftliche Eigenbetätigung bekommen, hierfür muss die HGO wieder geändert werden. Allerdings sollten auch genossenschaftliche Betriebe gefördert und unterstützt werden. Deswegen sind wir beide auch Mitglied in den örtlichen Energiegenossenschaften wie der BERMeG und der Energiegenossenschaft Ried.

Auszug aus dem Landtagswahlprogramm:

e. Oligopolstrukturen beseitigen – Große Vier entmachten

Die vier großen Konzerne RWE, E.ON, Vattenfall Europa und EnBW verfügen über 80% der

Kraftwerke und einen großen Teil der Stromnetze in Deutschland. Dieses Oligopol bestimmt

die Art der Energieerzeugung und ist für die hohen Preise verantwortlich.

Deshalb muss die bestehende Monopolstruktur aufgebrochen und deren Stromerzeugung und -verteilung in öffentliches Eigentum überführt werden. Das erst ermöglicht den vollständigen

Umstieg auf erneuerbare Energieträger und gleichzeitig Kontrolle über eine soziale Preisgestaltung.

f. Energiewirtschaft demokratisieren – dezentralisieren – kommunalisieren

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere Dezentralisierung

der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen Gemeinden als wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle beim Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung

zu spielen, wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der Hessischen Gemeindeordnung verankern. Privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Gemeinden überführt werden. Auch genossenschaftliche

Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir fördern und unterstützen.